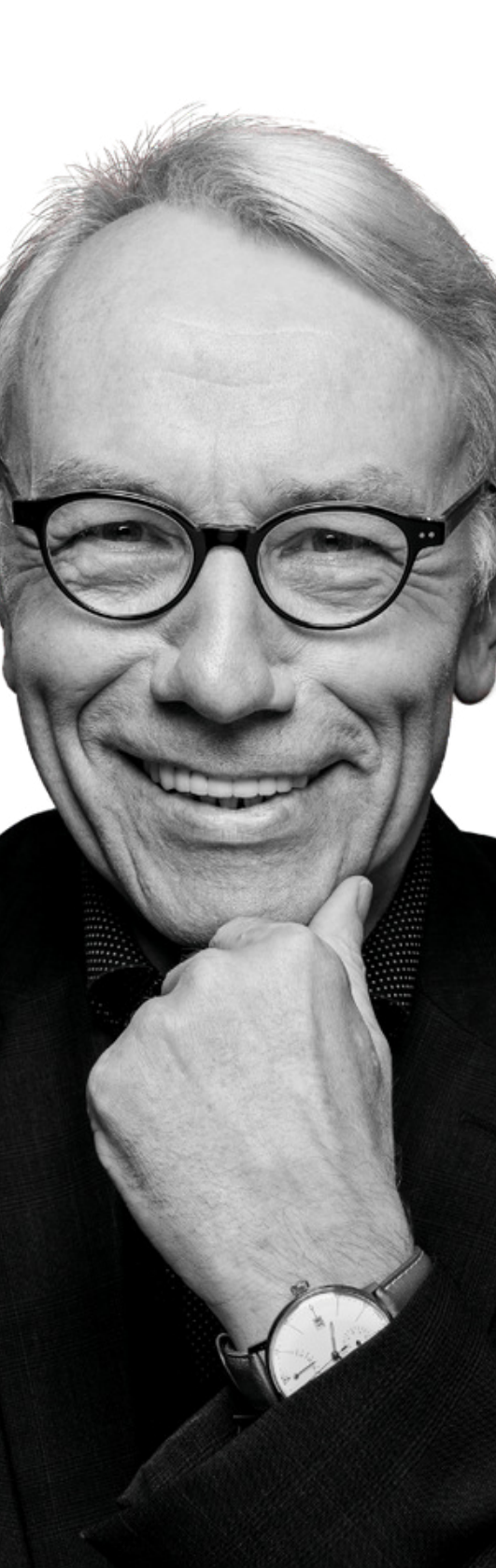




Update aus Berlin

Juli 22

NEUES
aus dem Bundestag



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Wir haben in dieser letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause einen großen Schritt gemacht, um unsere ambitionierten Ziele im Klimaschutz zu erreichen, damit Deutschland bis 2045 klimaneutral wird. Mit dem sogenannten „Osterpaket“ beschließen wir das bisher größte Energiepaket Deutschlands. Damit machen wir den Weg frei, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien zügig und rechtssicher unter Wahrung hoher ökologischer Schutzstandards zu vereinfachen und zu beschleunigen.

736 Abgeordnete gehören dem Bundestag in dieser Wahlperiode an, das sind 138 mehr als die gesetzliche Regelgröße vorsieht. Die Koalitionsfraktionen haben sich auf Eckpunkte für diese Reform geeinigt. Damit wollen wir ein Anwachsen des Bundestages über die derzeitige gesetzliche Regelgröße von 598 Sitzen hinaus verhindern. Um die Akzeptanz des Wahlsystems in Deutschland parteiübergreifend zu stärken, werden wir die CDU/CSU-Fraktion sowie die Linksfraktion in die Beratungen mit einbinden. Allerdings: Was allgemeiner Konsens ist, es gibt viele praktische Hürden. Es wird eine komplizierte Debatte werden.

Die letzte Sitzungswoche vor der Sommerpause dient auch dazu, um Bilanz zu ziehen. Nie zuvor wurde eine neue Bundesregierung mit so vielen Herausforderungen noch in den ersten drei Monaten nach der Vereidigung konfrontiert. Es ist gut, dass wir mit Olaf Scholz einen erfahrenen Kanzler mit kühlem Kopf haben.

Trotz der veränderten Rahmenbedingungen durch Krieg und Inflation stehen wir weiterhin zu allen Vorhaben, die wir gemeinsam im Koalitionsvertrag verabredet haben. Zu lange hat die Union den notwendigen Fortschritt wie den Ausbau der Erneuerbaren Energien verhindert. Die jetzigen Herausforderungen zeigen, dass wir keine Zeit zu verlieren haben, um diesen Rückstand aufzuholen. Wir werden gerade auch in diesen Zeiten unser Land sozial, gesellschaftlich und wirtschaftlich zusammenhalten.

Ich wünsche euch einen schönen Sommer!

Euer



Inhalt

Das "Osterpaket" kommt. >>> AG Kommunalpolitik. >>> Was ändert sich im Juli.
>>> Treffen mit Betriebsrät:innen. >>> Erster Vorschlag zur Wahlrechtsreform.
>>> Reformbedarf bei Indexmieten. >>> Bilder der Woche. >>> Wahlkreisgalerie.
>>> Was sonst noch passiert ist.

Das Osterpaket kommt (1/2)

In unserem Regierungsprogramm haben wir versprochen, den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu einem zentralen Projekt unserer Regierungsarbeit zu machen. Je schneller wir Windkraftanlagen an Land und in der See bauen, Solaranlagen errichten und die anderen Erneuerbaren Energien nutzen und je schneller die nötigen Stromleitungen von den neuen Kraftwerken zu den Verbraucher:innen sowie die Verteilnetze vor Ort gebaut werden, desto eher können wir auf fossile Brennstoffe aus Diktaturen verzichten.



Dafür haben wir über 20 Gesetze und Verordnungen überarbeitet. Noch nie seit der Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Jahr 2000 sind wir einen so großen Schritt beim Ausbau der Erneuerbaren vorangekommen. Zusammen mit den 60 Milliarden Euro ungenutzten Coronamitteln, die wir Anfang des Jahres in den Klimafonds umgeschichtet haben, schafft dieses umfangreiche Paket die Grundlage für eine klimaneutrale Energieversorgung in Deutschland. Das bringt neue Investitionen, sichert Arbeitsplätze für die Zukunft und schützt unser Klima.

Hier ein Überblick über einige zentrale Punkte, die wir in dieser Woche beschlossen haben:

Erneuerbare-Energien-Gesetz

- Wir haben gesetzlich festgelegt, dass die Erneuerbaren Energien „im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit“ dienen. Sie haben damit in der Genehmigungspraxis absoluten Vorrang. So kommen wir schneller zu mehr Windkraft- und Photovoltaikanlagen. Der Ausbau der Erneuerbaren bekommt höchste Priorität.
- Durch die neuen Bestimmungen zur Bürgerenergie ermöglichen wir den Bürger:innen die Beteiligung an Windenergieprojekten. Dies fördert die Akzeptanz in der Bevölkerung und sorgt dafür, dass die Bürger:innen sowie die Kommunen auch endlich direkt vor Ort vom Ausbau der Erneuerbaren profitieren.

Solarenergie

- Wir entfesseln die Solarenergie, indem wir unter anderem die Vergütungssätze für Teileinspeisung angehoben haben. Mit dem Modell der Anlagenzusammenfassung schaffen wir mehr Flexibilität und sorgen dafür, dass es sich lohnt, die Dächer vollzumachen.
- Zusätzlich stellen wir viel mehr Fläche für Solarenergie bereit: die für Solarenergie nutzbaren Randstreifen an Straßen und Schienenwegen verbreitern wir von 200 auf 500 Meter. Zusätzlich ermöglichen wir Solaranlagen auf Parkplätzen und sogenannte Agri-PV auf Grünland.

Das Osterpaket kommt (2/2)

Wind an Land

- Wir haben gesetzlich klar geregelt, dass jedes Bundesland rund zwei Prozent seiner Flächen verpflichtend für Windkraftanlagen zur Verfügung stellen muss.
- Im parlamentarischen Verfahren haben wir vor allem die Regeln zum vereinfachten Repowering gestärkt. Die Vervielfachung der Leistung durch den einfachen Austausch gegen neue, leistungsstarke Anlagen auf aktiven Windenergieflächen ist ein Schlüssel zur Beschleunigung des Ausbaus.

Wind auf See

- Die Windenergie auf See stellt einen wichtigen Bestandteil der Energiewende dar, gerade weil hierdurch eine konstante Versorgung mit Erneuerbarer Energie gewährleistet werden kann und Grundlagen auch für Wasserstoffgewinnung gestärkt werden. Durch die neuen Regelungen stellen wir nicht nur die Weichen für einen beschleunigten Ausbau, sondern stärken auch die europäische Wirtschaft und sichern den Innovationsstandort Deutschland.

Bundesnaturschutzgesetz

- Mit den Änderungen sorgen wir für zügige und rechtssichere Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen unter gleichzeitiger Wahrung hohen ökologischen Standards.
- Durch die Entbürokratisierung und Standardisierung der Artenschutzbestimmungen vereinfachen wir Planungs- und Genehmigungsverfahren.
- Zusätzlich betrauen wir das Bundesamt für Naturschutz damit nationale Artenhilfsprogramme zum dauerhaften Schutz insbesondere der durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien betroffenen Arten aufzustellen. Die Anlagenbetreiber werden zur Finanzierung der Programme in Form einer Sonderabgabe herangezogen.

Mit dem jetzt vorliegenden Paket sind wir natürlich noch nicht am Ende unserer gesteckten Aufgaben. Über die Sommerpause werden wir zwei weitere Pakete mit zusätzlichen Maßnahmen für den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien vorbereiten, die dann im Herbst verabschiedet werden sollen. Ob Klimawandel oder Gasknappheit, die Aufgabe der SPD bleibt es, im gesellschaftlichen Zusammenhalt diese Herausforderungen zu bewältigen.



AG Kommunalpolitik



Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist eine der größten Herausforderungen für den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen. Vor allem in den Städten wird es selbst für Menschen mit Durchschnittseinkommen immer schwerer, eine passende und bezahlbare Wohnung zu finden. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, hat sich die Koalition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP klare Ziele gesetzt: Pro Jahr sollen 400.000 neue Wohnungen gebaut werden, davon 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen. Das kann jedoch nur gelingen, wenn alle relevanten Akteure an einem Strang ziehen. Im Koalitionsvertrag wurde deshalb die Einrichtung eines „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ vereinbart.

Das Bündnis bezahlbarer Wohnraum hat sich Ende April konstituiert und seine Arbeit aufgenommen. Bis Herbst 2022 wird es Vorschläge für ein Maßnahmenpaket erarbeiten, das dann bei einem Bündnis-Tag vorgestellt und verabschiedet werden soll. Neben den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden, den Verbänden der Wohnungs- und Bauwirtschaft sowie Organisationen der Zivilgesellschaft begleiten mit Verena Hubertz und Kevin Kühnert auch zwei Vertreter:innen der SPD-Fraktion die Arbeit des Bündnisses.

An diesem Mittwoch hat Kevin Kühnert in der AG Kommunalpolitik über die Struktur und Arbeit des Bündnisses berichtet. In der offenen Gesprächsrunde nach Kevins Bericht kamen vor allem drei Dinge zur Sprache. Wir haben eine massive Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau beschlossen. Damit die Mittel aber auch vor Ort ankommen, müssen die Länder das Personal haben, um diese Gelder zu beantragen, und sie müssen genug Eigenmittel bereitstellen. Gleichzeitig gibt es auch in Deutschland Gegenden mit sinkenden Einwohnerzahlen und Wohnungsleerstand. Diese Regionen stehen vor ganz anderen Herausforderungen als Berlin oder Frankfurt. Es ist unsere Aufgabe, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Der Traum vom Eigenheim hat auch heute noch eine große Bedeutung für viele Menschen. Für viele Menschen bleibt Wohneigentum jedoch unerschwinglich. Durch verschiedene Förderinstrumente wollen wir es mehr Menschen in Deutschland ermöglichen, im selbst genutzten Eigentum zu wohnen. Ich bin gespannt auf die Vorschläge des Bündnisses.

Was ändert sich im Juli?

Mit dem 1. Juli gab es wichtige Änderungen, die Deutschland sozialer, unbürokratischer und verbraucherfreundlicher machen. Hier ein kurzer Überblick:

Deutschland wird sozialer Diese Neuerungen bringt der Juli

-  Höchster **Rentenanstieg** seit Jahrzehnten
-  Der **Mindestlohn** steigt auf 10,45 €
-  Der **Kinderbonus** kommt
-  Der **Corona-Bonus für Grundsicherung, Sozialhilfe und ALG II** wird überwiesen

SPD
Fraktion im
Bundestag

Deutschland wird verbraucher:innenfreundlicher Diese Neuerungen bringt der Juli

-  **EEG-Umlage** fällt weg
-  Kündigung von **Online-Verträgen** wird leichter
-  **Auskunftspflicht** über Miethöhe
-  Rückgabe von **E-Geräten** im Supermarkt

SPD
Fraktion im
Bundestag

Treffen mit Betriebsrät:innen

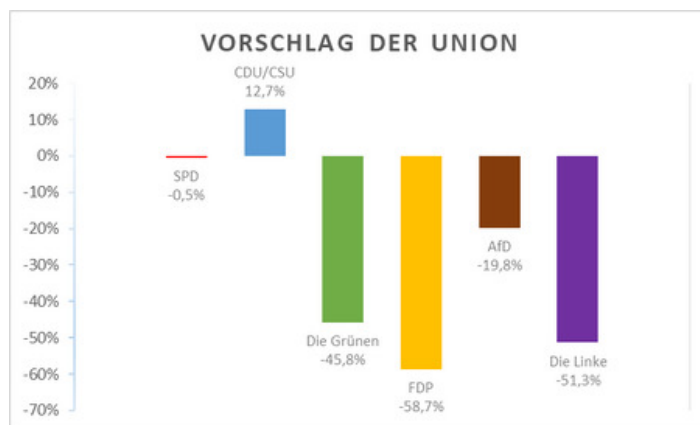
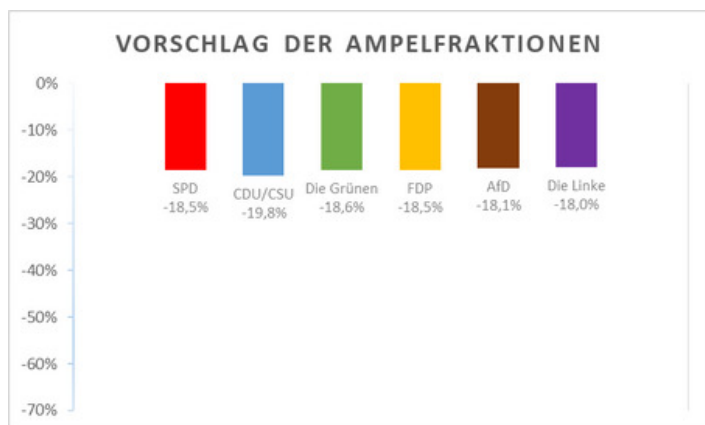
Am Mittwoch habe ich mich im Bundestag mit 25 Betriebsrät:innen der privaten Bausparkassen getroffen. Themen waren die Förderung von Wohneigentum, die energetische Sanierung und die allgemeinen aktuellen Herausforderungen in der Energiepolitik. Der Austausch mit den Leuten aus der Praxis ist immer ein wichtiger Impuls für meine parlamentarische Arbeit.



Erster Vorschlag zur Wahlrechtsreform

Wir haben in dieser Woche Eckpunkte einer Wahlrechtsreform beschlossen, mit der das Anwachsen der Sitze des Deutschen Bundestages über die derzeitige Regelgröße von 598 Sitzen hinaus verhindert wird. So sichern wir die Arbeits- und Funktionsfähigkeit des Bundestages und sorgen dafür, dass die Kosten um mindestens 66 Millionen Euro jährlich sinken. Die Kritik der Union, die uns eine Verfälschung des Wahlergebnisses vorwirft, folgt der altbekannten Strategie, dem anderen vorzuwerfen, was man selber vorhat. Es ist traurig, dass die Union sich in ihrer Argumentationsweise auf das Niveau eines Donald Trump herablässt. In den folgenden Säulendiagrammen findet ihr einen Vergleich der Auswirkungen der Reformvorschläge der Ampelkoalition und der Union. Ich denke, die Zahlen sprechen für sich, welches Modell fairer ist.

Verkleinerung des Bundestages Prozentuale Veränderung der Sitzzahlen



Reformbedarf bei Indexmieten

Wir brauchen rasche Maßnahmen gegen die stark steigende Indexmieten. Jahrelang waren die an die Inflationsrate gekoppelten Mieten kein Problem. Die Angebotsschocks durch die Corona-Pandemie und den russischen Angriffskrieg haben die Lage jedoch dramatisch geändert, deswegen muss hier interveniert werden. Natürlich werden wir hier mit der FDP darüber reden müssen, vorstellbar ist beispielsweise eine Kappungsgrenze. Auch unsere Bauministerin Klara Geywitz will prüfen, wie Mieter mit Indexverträgen vor übermäßiger Belastung geschützt werden können. Bei Indexmietverträgen können die Mieten laut Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes erhöht werden. Ähnlich verhält es sich bei den Pachtpreisen für Erbbaugrundstücke. Auch sie sind häufig an die Inflationsrate gekoppelt.

Bilder der Woche

Sommerfest des VKU

Der Verband kommunaler Unternehmen e. V. vertritt die Interessen kommunaler Unternehmen und ist ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Familie. Bei dem Sommerfest in diesem Jahr konnte ich mich auch mit Thomas Grundmann (Geschäftsführer Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Stoffspezifische Abfallbehandlung e. V.) über die Abfallwirtschaft austauschen.



Kurzer Abstecher zum Reichstag

Es hat mich sehr gefreut, dass Bürgermeisterin Katrin Reuscher und ihr Dienstbereichsleiter Daniel Fühner mich im Bundestag kurz besucht haben. Sendenhorst wird aus dem Innenstadtprogramm des Bundes mit dem Ortsteil Albersloh gefördert. Das Ministerium hat einen Innenstadtkongress in Potsdam durchgeführt, um Projektideen und Positionen auszutauschen und kennen zu lernen.

Kunstbeirat

Als Mitglied des Kunstbeirates wurde ich gebeten mein Lieblingskunstwerk im Bundestag zu benennen. Ich habe mich für eine Konstruktion von Beate Zoderer entschieden, die im Innenhof des Parlamentsgebäudes Wilhelmstraße 65 steht.



Wahlkreisgalerie



Eindrücke der ersten BPA-Fahrt aus dem Kreis Warendorf nach Berlin seit Beginn der Pandemie



Im Gespräch mit Frank Tischner,
Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft



"Sendenhorster Verabschiedung" aus dem
Landtag für Annette Watermann-Krass



"Pizza & Politik" mit den Jusos
aus den Kreisen Warendorf und
Coesfeld in Beckum

Was sonst noch passiert ist

Investitionen in Forschung und Innovation

Alle zwei Jahre informiert die Bundesregierung über die Forschungs- und Innovationspolitik von Bund und Ländern. Deutschland zählt zu den forschungsintensivsten Ländern weltweit. Nach vorläufigen Berechnungen haben Staat, Wirtschaft und Hochschulen 2020 rund 105,9 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung investiert. Als Fortschrittskoalition werden wir die Forschungsbedingungen noch weiter verbessern und den Wissenstransfer fördern.

Kroatien tritt der Europäischen Währungsunion bei

Kroatien erfüllt alle vier geforderten Konvergenzkriterien zur Einführung des Euro als Zahlungsmittel. Die Kriterien beziehen sich auf die Preisstabilität, solide öffentliche Finanzen, Wechselkursstabilität und die Dauerhaftigkeit der Konvergenz durch langfristige Zinsen. Vor der abschließenden Entscheidung im Rat am 12. Juli ist laut Gesetz das Einvernehmen zwischen Bundesregierung und Bundestag herzustellen.

Corona-Schutzmaßnahmen für den Herbst

Wir werden uns auf eine mögliche Corona-Welle ab Herbst gut vorbereiten. Wir wollen eine Überlastung des Gesundheitssystems vermeiden und besonders vulnerable Gruppen schützen. Einen entsprechenden Entwurf der Ampelfraktionen für ein COVID-19-Schutzgesetz haben wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten.

Abstimmung über die beschleunigte Beschaffung für die Bundeswehr

In dieser Woche haben wir abschließend den von den Koalitionsfraktionen SPD, Grünen und FDP vorgelegten Gesetzentwurf zur Beschleunigung von Beschaffungsmaßnahmen für die Bundeswehr (BwBBG) beschlossen. Dieses Gesetz sorgt dafür, dass die Gelder mit dem kürzlich beschlossenen Sondervermögen für die Bundeswehr effizient und zügig verwendet werden.

Deutschland befürwortet NATO-Beitritt von Finnland und Schweden

Nach dem Überfall Russlands haben Finnland und Schweden im Mai 2022 den Beitritt zur NATO beantragt. Damit beide Länder NATO-Mitglied werden können, unterzeichnet jedes NATO-Mitglied formal jeweils ein Beitrittsprotokoll für beide Länder. In Deutschland muss der Bundestag der Unterzeichnung der Protokolle durch die Bundesregierung zustimmen. Das haben wir in dieser Woche getan.